

PRESSEERKLÄRUNG ZUR DEMONSTRATION „FREIHEIT FÜR YUNUS UND RIGO“  
AM 19.12.2009 in Berlin | Beginn: U-Bahnhof Weinmeisterstraße | 14:00 Uhr

Seit dem 1. Mai läuft das Gerichtsverfahren gegen Yunus K. und Rigo B. wegen versuchten Mordes. Beiden wird vorgeworfen, am 1. Mai einen Molotowcocktail geworfen zu haben. Sie bestreiten diesen Vorwurf, der sich ausschließlich auf die Aussagen zweier verdeckter Ermittler stützt. Trotz umfangreichen entlastenden Materials hält die Staatsanwaltschaft nach wie vor an der Anklage fest. Nach wie vor sitzen Yunus und Rigo in U-Haft, seit mehr als 7 Monaten! „Dieser Prozess hat den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen“, formulierte RA Ulrike Zecher am 23.11. im RBB.

Die Empörung, die anfangs von einer Handvoll Angehöriger, Freunde und Prozessbeobachter ausging, hat inzwischen breites Gehör gefunden. Auch Unbeteiligte äußern sich besorgt über den Verlauf des Verfahrens. Der UnterstützerInnenkreis wächst. Ihnen haben sich die Pädagogen der Schulen der beiden Angeklagten, Medienvertreter, Juristen, Politiker angeschlossen. Einzelne Landesverbände der Jusos und der Linksjugend haben sich solidarisch erklärt!

Wir werden in Berlin Zeuge einer ungeheuerlichen Kampagne. Links gerichtetes politisches Engagement wird in Bausch und Bogen geächtet und verurteilt, generelle Gewaltbereitschaft unterstellt. Angeklagte werden in den Medien vorgeführt, bevor das Verfahren begonnen hat. Da werden Anklagen konstruiert und die Verfahren mit unerwarteter Härte durchgeführt. Diese Signale sollen die Gewaltbereitschaft eindämmen. Dabei wird die Bestrafung Unschuldiger billigend in Kauf genommen. Die Unschuldsvermutung scheint ausgehebelt. Auch wenn in langen Prozessen am Ende die Schuld juristisch nicht nachgewiesen kann, bleibt doch die soziale Verurteilung. Bleibt das Trauma einer langen U-Haft. Das Verfahren wegen Brandstiftung gegen Christoph T. wurde ausgesetzt. Alexandra R. hat ebenfalls wegen Verdachts auf Brandstiftung 4 Monate in U-Haft gesessen und wurde dann freigesprochen. Das Urteil ist noch nicht rechtsgültig. Die Anklage hat Revision erhoben. Yunus und Rigo sitzen seit 7 ½ Monaten in Einzelhaft, ohne dass ernsthaft von einer Fluchtgefahr ausgegangen werden kann. Sie werden aus intakten sozialen Netzwerken gerissen, verlieren in ihrer Ausbildung wertvolle Zeit. Und es ist kein Ende dieses alpträumhaften Zustandes in Sicht!

Berlins Verfassungsschutzchefin Claudia Schmid forderte am 10.11. im Tagesspiegel, „dass endlich eine gesellschaftliche Diskussion in Gang kommt, wie extremistische Gewalt zu stoppen ist und wie man ihr vorbeugt.“

Wir meinen, der in Berlin eingeschlagene Weg ist falsch. Eine politische Ausgrenzung, die sich der Justiz bedient, kann den Weg zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung nur verstellen. Wir fordern, dass der Berliner Senat wieder zurückfindet zu einer Politik auf rein rechtsstaatlichem Boden! Wir fordern eine ausschließlich sachlich geführte Auseinandersetzung! Populistische Polemik mit Schlagworten wie „rotlackierten Faschisten“ a la Ehrhart Körtung hilft nicht weiter.

Am 19.12. rufen wir gemeinsam mit dem Antirepressionsforum Berlin, der Roten Hilfe e.V. Ortsgruppe Berlin und der Schülerinneninitiative „Bildungsblockaden einreißen“ zu einer Demonstration unter dem Motto „Freiheit für Yunus und Rigo!“

auf. Wir fordern ein Ende aller Schauprozesse, Gerechtigkeit für alle Angeklagten und Inhaftierten, für alle, die mit dem neuen Rechtsverständnis der „generalpräventiven Abschreckung“ konfrontiert sind!

Wir, das sind die Angehörigen, Freunde und Lehrer von Yunus und Rigo, die sich sehnlichst ein Ende dieser unerträglichen Prozessfarce wünschen. Wir, das sind empörte Bürger, die die Rechtsstaatlichkeit dieses Verfahrens anzweifeln und die demokratischen Werte dieses Landes in Gefahr sehen. Wir, das sind politische Akteure aus dem breiten linken Spektrum, die sich durch diese Art der Politik mehr und mehr ausgegrenzt und kriminalisiert fühlen.

Diese Demonstration am 19.12. soll ein Zeichen setzen: Gerade die Protestkultur der vergangenen Jahrzehnte hat in Deutschland der Politik entscheidende Impulse gegeben! Sorgen wir gemeinsam dafür, dass diese Art der politischen Meinungsäußerung als demokratisches Instrument erhalten bleibt!

Lassen Sie uns gemeinsam für eine Justiz eintreten, die sich nicht in den Dienst der Macht stellt!

Renate Wegener

Berlin, 12.12.2009

Der UnterstützerInnenkreis  
[www.yunus-rigo-prozess.de](http://www.yunus-rigo-prozess.de)

email : [info@yunus-rigo-prozess.de](mailto:info@yunus-rigo-prozess.de)